

erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Zieme, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Rgr. per Quartal. Agent für London & Düren: Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C. Filialerpedition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Parteigenossen.

Wenn eine Generation Gesetze erdenkt, nach solchen ihr Wesen und ihre Sitten entwickelt, Grundsätze feststellt, um darin die Nachkommen zu erziehen, so müssen vor vorgeschrittenen Geschlechtern solche Gesetzesbeschränkungen, weil sie durch dieselben in ihrer naturgemäßen Entwicklung gehemmt werden, fallen.

„Nur vorwärts, vorwärts! ruft der Weltgeist
Im Fortschritt ohne Raß und Ruh;
Und was sich ihm zu widerstehn erdreißt,
Das wirft er dann der „Thorheit“ zu!“
Seit bereits einem Jahrhundert entbrannte ein Kampf für und gegen die starren Ueberlieferungen vergangener Geschlechter, und noch immer ist dieser Kampf nicht endgültig entschieden worden, noch immer herrschen, wenn auch nach verschiedenen Metamorphosen, Autorität und Gewissenszwang, wodurch man die freihetlichen Keime des aufstrebenden Selbstbewußtseins zu ersticken versuchte.

Doch vergeblich! Der Geist des Fortschritts läßt sich nicht wieder zurückdämmen in Formen, denen er längst entwachsen. Er sucht eine neue Form und unser Jahrhundert ist vor allem berufen, die neue Richtschnur für die Kulturarbeit der menschlichen Gesellschaft festzustellen und die im Jahre 1789 geoffenbarten erhabenen Ideen

der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Und diese drei Worte, sie klammern wie ein „mene tekel“ an den Wänden der Paläste. — Doch man verhöhnt, man verlacht sie bald als phantastische Träumereien!

Hingegen in den armenigen Hütten, da leuchten diese Worte als eine frohe Botschaft, da erfüllen sie die von Sorge und Kummer niedergedrückten Herzen mit dem Hoffnungsschimmer einer endlichen Erlösung aus der Knechtschaft der Noth und des Elends.

Und die Erlösung, sie muß bald kommen! Denn kann noch länger die Sucht nach

Geld, Genuß und Ruhm

das Endziel sein, wonach die Menschen, wonach die Völker im tollen Wettlauf hasten — unbefürchtet, ob Helatomben ihresgleichen dem Vortheil, dem Wahnhw Einzelnem zum Opfer fallen?

Nein! Arbeiter aller Länder! Ihr habt erkannt und manifestiert, daß die Kräfte des Menschen einer anderen Aufgabe werth sind. Euer Ringen und Streben ist kein auf Selbstsucht gerichtetes, sondern gemeinsames, friedlich mit Euren Nebenmenschen suchet Ihr in gegenseitiger Unterstützung als hehres Ziel dem Kulturfortschritt durch

genossenschaftliche Arbeit

neue Bahnen zu eröffnen.

Vor allen aber Ihr, Arbeiter Deutschlands! beweiset, daß Ihr die Worte Eurer großen Dichterheroen, die weisen Aussprüche Eurer Philosophen nicht nur auf den Lippen führt, sondern daß Ihr von deren Geist durchdrungen, die ersehnten Ideale des Menschthums zu verwirklichen anstrebt durch Er- ringung

eines freien Staates, in welchem die Volkskraft unbeschränkt ihr Wesen zur vollen Geltung bringen kann;

durch Ausglei chung aller Standesunterschiede, welche Vorurtheil und Unwissenheit aufgebaut; durch gleichmäßigen, allen zu Theil werdenden Schulunterricht und Heranbildung gleichberechtigter Staatsbürger;

durch gegenseitige Förderung der Staatsangehörigen, damit nicht mehr Einer dem Andern zur Ausbeutung diene, vielmehr die Erkennung und Ausbildung einer neuen Form, die gemeinamer, genossenschaftliche Produktionsweise, werde der Marktstein, von wo an die Menschen in Brüderlichkeit ihre Kultur aufgabe erfassen und erfüllen können.

Parteigenossen! An Euch ist es jetzt, für Erstrebung dieser Ziele einzutreten. Die Wahlen zu dem Reichstage des neuen Deutschen Kaiserreichs bieten Euch die Mittel dazu, Ihr seid es Euren gefallenen Brüdern schuldig, die höchsten Prinzipien der Menschheit, welche ja stets von den Armen, von der gedrücktesten Klasse ausgingen, auf der Tribüne des Parlaments, welche volle Redefreiheit gewährt, durch Eure Vertreter der Welt wieder ins Gedächtniß rufen zu lassen.

Wählet daher Männer, welche fest und treu in dieser wandelbaren Zeit der Macht und ihren Erfolgen die Forderung nach Gerechtigkeit und Freiheit entgegenstellen, die nicht in die Phrase der Schwächlinge einstimmen: „Man müsse den That- sachen Rechnung tragen.“

Und solche Männer sind in unserer Partei in den ver- schiedenen Wahlbezirken aufgestellt.

Die Einklerkung und Verfolgungen, welche diese Männer erlitten, soll Euch Mahnung sein, diese als die rechten Vertreter unserer Prinzipien, die des Volkes Wohl in Wahrheit erkannt, als Kandidaten zum deutschen Reichstag zu erwählen.

Scheuet keine Kosten, seid nicht gleichgültig und lau, nein! voll Eifer drängt Euch an die Wahlurne, bedenket, Ihr habt an diesem Tage durch die abzugebende Stimme zu dokumentiren, daß Ihr nicht mehr politisch untreu seid, wie die Gegner aus- sprachen, im Gegentheil, Euch Eures Staatsbürgerrechts bewußt, nach eigenem Ermessen wählet, um Euer Prinzip, Euer

und Eurer Kinder Wohl mit Macht zu vertreten. Und unse ist dann der Sieg.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
Der stellvertretende Ausschuh der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Wahl-Angelegenheiten.

14. Sächs. Wahlbezirk.

Die Wahlzettel dürfen gedruckt oder geschrieben sein, aber nur auf weißem Papier.

Das Komitee (Schuhmachermstr. Lehmann in Rodlitz, Wahlgraben 298) vertheilt gratis die gältigen gedruckten Stimmzettel, zu denen nichts hinzugefügt werden darf, für unsern Kandidaten

Privatschreiber Leonhardt von Bonhorst in Braunschweig.

15. Sächs. Wahlbezirk.

Gältige Wahlzettel für
Lehrer Samuel Spier in Braunschweig

sind gratis zu haben durch
Anton Fischer in Wittweida.

17. Sächs. Wahlbezirk.

Gältige gedruckte Stimmzettel für Bebel werden gratis vertheilt und sind zu haben bei Albert, Charlottenstraße, Glauchau, sowie durch H. Jahn, Meerane.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen nur folgende Worte gedruckt oder geschrieben enthalten: August Bebel, Drechsler in Leipzig. Wir bitten unsere Freunde, uns aus einem oder mehreren Orten das Wahl- ergebniß, sobald es bekannt ist, in folgender Weise zu tele- graphiren: „Hirsch, Emilienstr. 2, Leipzig. (Wahlort): Bebel, (Stimmzahl), Schulze, (Stimmzahl), (anderer Wahlort): Bebel (Stimmzahl) Schulze (Stimmzahl)“ u. s. w.

In allen Städten und größeren Dörfern des 17. Bezirks haben große Versammlungen stattgefunden (u. A. in Glauchau, St. Egidien, Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein-Callenberg, Thurm, Remse, Waldenburg, Rodlitz, Lungwitz; in Meerane 2 an einem Tage) die sich sämmtlich für Bebel und gegen Schulze aus- gesprochen haben.

Die Gegner greifen uns an, weil in den Versammlungen die Körperfälle Schulze's mit der minder ins Auge fallenden Bebel's verglichen worden ist. Sie verschweigen aber, daß sie uns zu diesem Vergleiche gezwungen haben, indem sie in ihren Amtsblättern Bebeln beschuldigten, „sich mit Arbeitergeldern zu mästen.“ Da mußten wir doch zeigen, wer eigentlich der „mit Arbeitergeldern Gemästete“ ist.

Aus dem 17. Wahlbezirk

an den wohlbekanntesten voigtländischen Reimsfabrikanten.

Wie wird uns doch so sonderbar
Bei Deinem Sang zu Ruthe!
Ist's möglich? Der sich fast ein Jahr
Gefreut an uns'rem Blute,
Der jubelnd aufsprang dekenhoch,
Wenn „herrliche Bataille!“
Der Draht gemeldet, — waren doch
Die starben, „nur Canaille!“

Der unsern Schweiß für sich „gepart“,
Uns abgezuckt die Groschen, —
Und jetzt? Wie gnädig, mild, wie zart!
Ist Deine Wuth erloschen?
Sind wir nicht mehr das saule Paß,
Das gestern wir gewesen,
Nur gut, zu fällen Schyant und Saß
Euch Göttern auserlesen?

„Der Völkermohlfahrt blühend Reis“,
Auf einmal ist Dir's heilig,
„Familiensegen“, „Elternfleiß“,
Wie war das sonst „langweilig“!
Du selbst zerbrachst das edle Reis,
„Famille“ war Dir „Schwindel“,
Du nahmst zu Deiner Lüste Preis
Die Töchter dem „Gefindel“.

Und jetzt! Wie zärtlich doch erscheint
Und „Trieb“ reimt auf „Liebe“,
Der sonst der Armen schlimmster Feind,
Statt Hülß uns anbot — Hiebe!
Sein „Deutsches Herzblut“! Stets war er
Des welschen Landes Affe!
Kommt Das von Herzen? Nimmermehr!
Du bist erkannt! Geh — Psaffe!

Wo ist die „Liebe“, wo die „Scham“
Dir Heuchler denn geblieben,
Als Du ihn, der das Herz voll Gram,
Voll Sorg' um seine Lieben
Und um sein Volk im Kerker sitzt,
Geknebelt, ohne Behre, —
Mit Deiner Lügen Gift bespreizt,
Ihm frech beschmußt die Ehre?

Ein Fehntel wahr von Deinem Lug
Und längst sich on müßt er brummen,
Drum spare, „Freund“, den Mammonstrug
Uns machst Du nicht zu Dummen!
Die eignen Laster hab bewußt
Ihr Jenem angedichtet,
Die stets empört des Edeln Brust, —
Ihr habt Euch selbst gerichtet!

Bald wär' der Freiheit Schiff zerschellt,
Brach erst das Steueruder,
Drum frei muß werden unser Held,
Der uns ein Freund, ein Bruder!
Du aber, dessen Federkiel
Nicht frei, nur Sklavin, feile,
Der nie umsonst reimt, sprich: Wie viel
Bekommt Du für die Feile?

19. Sächs. Wahlbezirk.

Die Stimmzettel dürfen nur von weißem Papier sein und dürfen nichts als folgende Worte enthalten:

Wilhelm Liebknecht, Schriftsteller in Leipzig.

Gältige gedruckte Stimmzettel für Liebknecht sind zu haben: in Stollberg bei Glasermeyer Rothbart; in Löß- nitz bei W. Kögel; in Geper bei Ferd. Richter; in Nieder- Zwönitz bei Roth; in Hormersdorf bei Kregischmar in Delsnitz bei Kunzmann; in Lugau bei Göldner.

Wir bitten ebenfalls um telegraphische Mittheilung der Wahlergebnisse.

Sämmtliche Wahlversammlungen, deren mehr als fünf- zehn stattgefunden haben, erklärten sich einstimmig gegen Winkwitz und für Liebknecht.

Mit welchen Mitteln die Gegner operiren, zeigt folgende Thatfache. In Jella bei Aue hatte am Sonntag das Wink- witzige Komitee eine öffentliche Volksversammlung anberaumt, bei der es mit Glanz durchfiel. Der Vorsitzende, Advokat Bornemann aus Schneeberg, versuchte, statt aller Beweisführung, doch ein „Hoch“ für Winkwitz zu erwirken. Doch die Arbeiter blieben stumm wie die Fische, und nur das Komitee selbst stiz mühsam ein dünnes Hoch hervor, blieb aber beim dritten Male stecken. Nun brachte ein Arbeiter ein Hoch auf Liebknecht aus. Aber da stürzten die Scheiben! Nach Schluß der miß- glückten Versammlung schenkte der Holzhändler Leonhard aus Burthardsgrün (Mitglied des Winkwitzigen Komitees) jenem Arbeiter einen 10 Thalerschein „in Anerkennung seiner Charakterfestigkeit“. Vermuthlich wollte er seine Cha- rakterfestigkeit auf eine, für einen unbemittelten Mann sehr harte Probe stellen, denn er forderte ihn ein Weilschen später auf, Winkwitz hochleben zu lassen; indeß weigerte er sich, die 10 Thaler wieder anzunehmen, die ihm Jener sofort hin- warf mit der Erklärung, daß er nicht künstlich sei und daß er unter allen Umständen für Niemand stimmen werde, als für Liebknecht.

22. Sächs. Wahlbezirk.

Durch Karl Neu, Amtmannsgasse, in Reichenbach, sowie durch die Unterkomitees in den andern Städten des Bezirks; erhält jeder Wähler gratis gältige Stimmzettel für
Kaufmann Wihl. Brack junior in Braunschweig.

Wahlbezirk Schwarzburg-Rudolstadt.

(Zur Kandidatur Endemann's.)

Es schleicht aus der Reichenhalle
Ein Nationaler wimmernd vor,
Mit blauem Dunst und Phrasenschwalle
Empfehl't er Endemann, den Doktor.
Was will der Mann, der stets im Zweifel?
Der wie ein Rohr sich schwenken lieg?
Der erst mit allem Fleiß und Eifer
Dafür sprach*), dann das Rechte lieh!
Drum fort mit ihm, dem todten Helden,
Uns nützt ein Mann wie Liebknecht nur —
Der nur das rechte Wort läßt gelten,
Und schafft am Menschenrechte nur.
Auf Wähler, Arbeitsfreunde zeigt,
Daß Menschenliebe Euch durchweht,
Wenn unerschrocken Ihr Euch weihet
Und fest für Eure Rechte steht!

*) Die Wähler des 12., 15., 17. und 23. Bezirks machen wir auf den untenstehenden Artikel über den Landesverrath von 1866 aufmerksam.

*) Gegen die Todesstrafe.

Politische Uebersicht.

Seit sich Menschen abschlachten, ist noch nie ein so sanfter Frieden zu Stande gekommen, wie dieser, dem der bevorstehende Krieg aus allen Löchern gukt. Man fragt sich mit Recht, wer bei dem Friedensschluß mehr geschlagen ist, das „stehende“ oder das besiegte Volk. Frankreich zahlt etwa 1200 Mill. Thlr. Kriegsschädigung, wovon etwa 200 Millionen bereits erhobene Kriegskontributionen in Abzug kommen. Rechnen wir von den übrigen 1000 noch 300 Millionen für die Verzinsung und Rückzahlung der süd- und norddeutschen Kriegsanleihen ab, so-

wie fernere 200 Millionen (eher zu wenig, als zu viel) für die Deckung der Kreis-, Provinzial- und Einzelstaats-Lieferungen und Vorschüsse, so verbleiben 1.00 Millionen Thaler. Nach dem jetzigen System wird nun zunächst an die Wiederergänzung des Armeematerials gedacht werden, wozu außer der „reichen Beute“ an Waffen u. s. w. doch nach sehr mäßigen Berechnungen 50 Millionen Thlr. erforderlich sein werden. Ebensoviel — wenn's reicht! — erhalten die Eisenbahnverwaltungen für verdorbenes und verbrauchtes Material, sowie an Entschädigungen anderer Art. Für See- und Binnenfestungen (Wiederbau der Straßburger und Meyer Forts u. s. w.) werden je weitere 50 Millionen nicht zu viel sein, ohne die Befestigung von Berlin, die ebenfalls 50 Millionen kosten würde, in Aussicht zu nehmen. Wir hätten also noch 300 Millionen. Nachdem von diesen noch Einiges für Dotationen, Denkmäler, Siegeskirchen, Feste u., insbesondere aber für die Kosten der Kaiserkrönung verwendet wird, man an die Deckung derjenigen Schulden oder Verausgabungen denken müssen, die ohne Genehmigung irgend eines gesetzgebenden Körpers gemacht worden sind.

So hat z. B. im preussischen Landtag die Budgetkommission entdeckt, daß 1868 und 1869 Minister von der Heydt ohne Genehmigung des Landtages bei der Seehandlung Anleihen bis 7,300,000 Thlr. gemacht habe.

Dies ist nur ein Fall, aber nicht der einzige, und wir werden froh sein dürfen, wenn uns von den 300 Millionen 200 übrig bleiben, damit wir endlich auch an die sichten und verkrüppelten Sieger oder an die Familien der toten Helden denken können. Es werden ihrer vom General und Offizier bis zum „Gemeinen“ wohl schwerlich weniger als 80,000 sein. Geben wir dem Krüppel oder der Witwe und den Waisen (dem General und Offizier natürlich mehr, dem „Gemeinen“ weniger) durchschnittlich 12 $\frac{1}{2}$ Thlr. monatlich, also 150 Thlr. jährlich, so würde diese wahrlich armselige Abfertigung pro Schädel ein Rentenskapital von etwa 1500 Thlr. erfordern, in runder Summe aber — gerade 200 Millionen Thaler, und die Kriegsentschädigung wäre — fertig!

Aber wir sind noch nicht fertig! Wir brauchen eine Extra-Armee für unser erobertes Polen, für Elsaß-Lothringen, wie Oesterreich eine Armee für Venedig und die Lombardie, wie Dänemark eine Armee für Schleswig-Holstein gebraucht hat. Und der Erfolg unserer militärischen Anstrengungen wird ebenso präkar sein, wie bei jenen Mächten. Nur den Erfolg werden wir ebenso sicher haben, wie jene Mächte: in kurzer Zeit einen neuen Krieg!

Rüsten die Großmächte Europa's vielleicht zum Vergnügen? Nein, sie bereiten sich auf Kämpfe vor, die ihnen unvermeidlich erscheinen, und das deutsche Kaiserreich wird, selbst wenn es nicht wollte, mit rüsten müssen, damit es seiner „Macht und Würde“ angemessen mitreden kann. Das wird nun freilich Geld kosten, und da für diese Rüstungen eben, wie gezeigt, nichts mehr von der französischen Kriegsentschädigung vorhanden ist, so bleibt kein Ausweg als: **Neue Steuern!**

Und wenn diese nur vor einem neuen Kriege schützten! Das ist aber offenbar nicht der Fall. Speziell die Wirtschaft in Elsaß und Lothringen macht den Krieg zu einem Waffenstillstand.

Der „N. Bad. Landesztg.“ wird aus Straßburg geschrieben: „Am vergangenen Mittwoch, den 15. d. M., bekamen sämtliche Professoren des hiesigen Lyceums den Befehl, mit Weib und Kind, Saak und Pack, binnen 48 Stunden das Elsaß zu verlassen! Und die Herren sind nicht etwa ausschließlich Franzosen. Bewahre, Elsässer sind sie zum Theil, unter ihnen z. B. der Professor Nieder, Sohn eines Elsässer Geistlichen und seit seiner frühesten Jugend in Straßburg wohnhaft. In einem einzigen Falle hat man insoweit eine Ausnahme gemacht, daß man der Frau des Ausgewiesenen gestattet, noch 8 Tage hier zu bleiben, um ihre Habe zu verkaufen, für die sie aus Armuth keine Transportkosten bezahlen konnte. Was aber an der ganzen Geschichte das Merkwürdigste: der General-Gouverneur des Elsaßes, Herr v. Bismarck-Vohlen, hat von der Ausweisung bis zur letzten Stunde nicht das Mindeste gemußt. Der Befehl ist, wie man versichert, direkt von Versailles an die hiesige Präfektur gelangt. Der Grund für die Maßregel ist der: die Professoren sollten einen Revers unterzeichnen, daß sie sich in Allem der deutschen Regierung unterordnen und sich hinfort als Deutsche betrachten wollen. Sie erklärten sich bereit, die erste Hälfte zu unterschreiben, in Betreff der zweiten sei ihnen dies nicht möglich, denn sie seien Franzosen. Dagegen hätte ein liberales Gouvernement gewiß nichts einzuwenden gehabt, zumal die Herren bereits seit der Occupation Straßburgs von ihren Aemtern suspendirt waren und als einfache Privatleute hier lebten, höchstens hier und da Stunden gaben. Ja, sogar Herr von Bismarck-Vohlen hatte sich einen der Lehrer für den Unterricht seiner Kinder ausersehen, und mußte aus dessen eigenem Munde erst erfahren, daß er den Unterricht nicht geben könne, weil er ausgewiesen sei.“

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: „Wir zweifeln an der Wahrheit der Mittheilung, weil die Maßregel bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, selbst vom Standpunkte des preussischen Bureaokratismus, unverständlich erscheint. So lange der Friede nicht ratificirt, so lange die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht tractatmäßig festgestellt ist, müssen selbst die preussischen Behörden ihre Herrschaft in dem Gouvernement als eine provisorische betrachten. Elsaß-Lothringen ist für den Augenblick eine vom Sieger occupirte fremde Provinz, deren definitives Schicksal erst bestimmt werden soll. In diesem Provisorium von Bewohnern der Provinz ein Gelübde verlangen, daß sie sich hinfort als Deutsche betrachten, hieße ihnen eine ganz unerhörte Zumuthung stellen, hieße sie nöthigen, sogar den Verhandlungen zwischen Bordeaux und Versailles auf eigene Faust vorzugreifen. Auch später, nach erfolgter Abtretung des Elsaß, würden wir eine Maßregel, wie die in Rede stehende, für höchst verwerflich halten; die Forderung eines Gelübdes, das über den thatsächlichen Gehorsam hinausgeht, das sich auf die Gesinnung erstreckt, involvirt einen Gewissenszwang, der, von der Sittlichkeit oder Unsitlichkeit desselben gar nicht zu reden, Demjenigen, der ihn aufliegt, auch nicht den geringsten Vortheil bringt. Aber bei dem momentanen Stande der Dinge trauen wir, wie gesagt, eine solche Maßregel auch nicht einmal der preussischen Bureaokratie zu.“

Wir allerdings schon.

Das „Weissenburger Wochenbl.“ meldet: „Gemäß Beschluß des Herrn Präfecten in Straßburg wurden die Herren von Bornschlegel und Brochard aus dem Elsaß ausgewiesen.“

Die Eintreibung von Kontributionen in Frankreich nahm während des Waffenstillstandes ihren ungestörten Fortgang. Oberst von Bredow von dem preussischen Belagerungskorps hat nach den „Basler Nachr.“ unterm 8. Febr. an den Maire von Montbelliard folgende Zuschrift gerichtet:

„An den Maire des Kantons Montbelliard! Durch Gegenwärtiges bringe ich dem Maire von Montbelliard zur Kenntniß, daß der Kanton Montbelliard die Summe von Fr. 469,250 zu bezahlen hat und zwar die Stadt Fr. 323,950, das Land Fr. 145,300. Die Gemeinde Montbelliard und die bestehenden Einwohner des Kantons werden für die Bezahlung dieser Summe auf den 12. Febr. verantwortlich gemacht. Es wird später die Aufgabe des Kantons sein, die Summe ebenfalls unter die minderbegünstigten Landbewohner zu repartiren, wenn die Uebel des Krieges sich ein wenig abgeschwächt haben. Wenn die genannte Summe nicht gänzlich bezahlt ist, so werde ich mich am Privateigenthum, an dem Inventarium der Fabriken, wie ebenfalls an den **Personen reicher Grundbesitzer** erholen. Ich bevollmächtige Sie, Vorliegendes zu publiziren und fordere Sie auf, unverzüglich die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um diese Kontribution zusammenzutreiben. Der l. Oberst gen. v. Bredow.“

Die Stadt Montbelliard hat in der That am letzten Sonntag diese Summe bezahlt, um der angeordneten **Plünderung** zu entgehen. Die flüchtigen Einwohner von Montbelliard, welche in Pruntrut leben, haben dazu für ihren Theil 40,000 Fr. geliefert.

Ein neuer Fall der Kontributionserhebung wird aus Alençon gemeldet. Dieser Stadt wurde die Zahlung von 400,000 Frs. anbefohlen; da sie sich derselben weigerte, wurde der Maire und 10 Gemeinderäthe verhaftet. — Der Modus der Zwangsmaßregeln im Falle der Weigerung ist aus dem Hauptquartier genau festgestellt. Dem „Strf. Journ.“ wird aus Versailles gemeldet: „Seitens des Oberkommandos ist der strikte Befehl ertbeilt, bei Eintreibung der Kontributionen in den nordfranzösischen Städten zwar unnaehsichtig, aber mit eventuell ganz stufenmäßiger Anwendung der Zwangsmaßregeln: Zwangsbeinquantierung, Absperrung, Zwangserhebung — bis zur Beschließung, zu verfahren. Sie werden bereits wissen, daß diese Maßregeln in systematischer Weise exekutirt sind.“ Die Kopfsteuer, welche in mehreren Departements erhoben wird und die in Cote d'Or 50 Frs. per Kopf der städtischen, 25 Frs. der ländlichen Bevölkerung betragen soll, wird für den **Elsaß** durch einen Erlaß des Präfecten, Grafen Luzburg, festgestellt.

Garibaldi hat in folgendem Tagesbefehl von seinen Truppen Abschied genommen: „An die Tapfern der Vogesenarmee! Ich verlasse Euch sehr ungern, meine Braven, und bin zur Trennung gezwungen durch gebietende Umstände. An euren Herd zurückkehrend erzählt euren Familien von den Arbeiten, den Mühen und den Kämpfen, welche wir mit einander theilten für die heilige Sache der Republik. Sagt ihnen besonders, daß ihr einen Führer hattet, der euch liebte, wie seine eigenen Kinder und der stolz war auf eure Tapferkeit. Auf Wiedersehen in besseren Verhältnissen!“

Unsere Provinzialpresse und die Reichstagswahlen.

Es ist ein Charakteristisches Zeichen der Zeit, daß unsere national-fehlerlich-tyrannisch-mittelalterlich-orthodox-pietistisch-kaiserliche Tagespresse gegenwärtig mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Reichstagswahlen in ihrem Sinne einzuwirken sucht, vor allem aber zeichnet sich in dieser Beziehung Amts- und Wochenblätter in denjenigen Wahlkreisen aus, wo es bis jetzt noch nicht gelungen ist, trotz aller Mühe, einen jener Nordbundsvertröster und Bismarckandeter als Reichstagskandidaten durchzubringen. Bald ist es ein Herr Nemo, welcher des Lobes voll ist von der Herrlichkeit des neuen deutschen Reiches und daher natürlich alle diejenigen Männer für Hochverräther, Häß- und Verachtungsprediger u. dgl. erklärt, welche der Meinung sind, daß das deutsche Volk endlich einmal einsehen lerne, wie oft es schon betrogen wurde. Wie oft man ihm diejenigen Männer standrechtete, einsperrete und ins Gril schickte, welche mit Freimuth seine Rechte und Freiheiten vertraten, daß es endlich einsehen lerne, daß die Größe einer Nation nicht in der möglichst größten Anzahl gut gedillter Soldaten bestehe, sondern in der Pflege der Humanität, der Freiheit und Sittlichkeit, daß es einsehen lerne, daß es eine Schande für 19. Jahrhundert ist, wenn zwei in Civilisation und Kultur weiterende Völker sich in einen aller Sitten Hohn sprechenden, nur auf Eroberung ausgehenden Krieg treiben lassen und sich gegenseitig zerfleischen.

Diese Männer werden von den anonymen Nemo's Volksaufwiegler und innere Feinde genannt, für die kein Galgen zu hoch sei, geschweige, daß sie würdig seien, in den heiligen deutschen Reichstag als Volksvertreter einzutreten.

Ein Andreer gerirt sich als Freund der Arbeiter und will in mehreren langen Artikeln nachweisen, wie wenig es die Abgeordneten Bebel und Liebknecht verstanden hätten, die wahren Interessen des Volkes und vorzüglich die, der „guthimmigen soliden und fleißigen“ Arbeiter zu vertreten, ja die Wirksamkeit dieser beiden Abgeordneten im Reichstag sei sogar eine für die genannten Arbeiter, „unheilvolle“ gewesen. Der Herr Artikelschreiber glorifizirt die Thätigkeit des Norddeutschen Reichstages und hebt namentlich hervor wie l. derselbe die Kaffeesteuer zwar etwas erhöhte, aber dafür auch die Kreissteuer herabgesetzt habe. Die soliden und fleißigen Arbeiter werden am besten wissen, was ihnen der kleine Bruchtheil billigerer Reis für Ruhen bringt, wenn sie erst wöchentlich einige Mal ein lästiges Stück Rindfleisch dazu essen können, vorläufig steht der Fleischpreis noch in einem zu unangünstigen Verhältnis zum Arbeitslohn, als daß sie Nutzen davon haben könnten.

Das Salz sei trotz der erhöhten Steuer der Ctr. 1 Thlr. billiger und dies komme ja den „soliden und fleißigen“ Arbeitern sehr zu gut, hier stimmen wir den Herrn bei. Salz und Kartoffeln geniehet der „solide und fleißige“ Arbeiter sehr oft.

Aber vor Allem macht der Salz, daß sich die sozialdemokratische Partei im Großen und Ganzen negirend zu verhalten habe, und jede Gelegenheit benutze müsse, die Verhandlungen des Reichstages als ein Komödientenspiel zu behandeln, dem Herrn Einsender großen Kummer, mit dieser Weisheit erweisen (meint er) die Herren den Arbeitern (doch nur den soliden und fleißigen?) einen schlechten Dienst, es könne diesen Rath nur der besthafte Freund der Arbeiter erinern um die Sache derselben auf das Empfindlichste zu schädigen. Der Herr Einsender verhält aber absichtlich den Pferdeschiss seines Bildes, die no. deutsche oder jetzt neudeutsche Reichsverfassung. Er verschweigt wohlweislich, daß, wenn heute der Reichstag das beste Gesetz zum Nutzen des Volkes annähme, es morgen der Bundesrath annulliren kann, indem er es einfach nicht annimmt; daß ferner der Reichstag nicht das Recht hat Gesetzentwürfe vorzulegen, sondern nur der Bundesrath, daß zu einer wahrhaften Volksvertretung Diäten notwendig sind, und daß keine zweite Macht existiren darf, welche die Thätigkeit derselben auf Null herabzubringen im Stande ist und sie nur als Geldverwiltigungsmaschine betrachtet. Nicht wir machen den Reichstag zur Komödie, sondern die Thatsachen. Er ist eben nichts Anders! Uns dünkt, daß solchen Verhältnissen gegenüber Männer gewählt werden müssen, welche rücksichtslos und freimüthig den Standpunkt der Demokratie wahrhaben, das heißt: bei jeder Gelegenheit eintreten für die Volksouveränität, bei jeder Gelegenheit betonen, daß Alles durch das Volk und Alles für das Volk geschaffen werde, Männer die stolz vor Königskrönen, die Wahrheit laut verkünden, und sich nicht beirren lassen durch das Geschrei fanatisirter Chauvinisten.

Die Arbeiter, sowohl die „soliden und fleißigen“ als auch die „un-soliden und faulen“, sowie sämtliche wahlberechtigte Männer werden

am Wahltag wissen, was sie zu thun haben, wenn sie für würdig halten ihre Interessen im Reichstag zu vertreten, und weder auf die langweiligen, noch in den Kinderkriegen sich bewegenden nationalökonomischen Artikelschreiber, noch auf die Verläumdungen eines anonymen Nemo hören. Und damit Gott befohlen. Chr. H.

Zu dem Landesverrath von 1866.

Unsere Nationalliberalen verbreiten auf der Gelselwieße des „Tageblatts“ die Lüge, daß Bebel wegen Landesverraths in Untersuchung und in Haft sei. Bebel wird nur beschuldigt, vorbereitende Handlungen zum Umsturz der Staatsverfassung bezogen zu haben; auf Landesverrath oder Staatsverrath lautet die Anklage gar nicht. Wer sächsische Landesverräter wählen will, der darf nicht mit den Demokraten, der muß mit den Nationalliberalen wählen. Denn viele unter ihnen haben im Jahre 1866 Landesverrath verübt. Folgende Thatsachen können nicht abgeleugnet werden.

Die Biedermann'sche Zeitung hat während des Bruderkriegs und während der Okkupation Sachsens durch preussische Truppen stets für die Annexion Sachsens an Preußen geschrieben. Dies ist sogar in einem rechtskräftigen Erkenntniß des hiesigen Bezirksgerichts festgestellt worden. — Ferner hat in einer zu jener Zeit in der Centralhalle stattgehabten Versammlung sächsischer Nationalliberaler Hr. Adv. Rudolph Schmidt die Resolution eingebracht, zu erklären, daß es den Interessen des sächsischen Volkes am meisten entspräche, wenn Sachsen von Preußen annektirt werde. Diese Resolution wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen; Pornig von Chemnitz und Schrad von Pirna erklärten später, daß sie gegen dieselbe gestimmt haben; glaubt Jemand, daß der dritte Nichtzustimmende Herr Prof. Biedermann gewesen sei? Man würde hiermit nicht vereinbaren können, daß derselbe Biedermann kurz Zeit darauf mit Lorenz und Joseph die bekannte Denunziantenreise zum preussischen Civilkommisair, Hr. von Wurmb, machte und mitveranlaßte, daß der Kreisdirector von Burgsdorf, der seiner Pflicht gemäß die landesverräterischen Umtriebe nicht dulden wollte, sowie der allgemein geachtete Polizeidirektor Meßler von ihren Aemtern suspendirt wurden. Als es endlich im Herbst 1866 für Sachsen galt, von Preußen möglichst günstige Friedensbedingungen zu erlangen und als unsere Truppen deshalb noch in Oesterreich verweilen mußten, da brachte der bereits genannte Adv. Schmidt in einer Versammlung Leipziger Nationalliberaler am 12. Okt. 1866 die auch angenommene Resolution ein, daß die Versammlung die schleueste Rückkehr der sächs. Truppen in die Heimath verlangen, und gegen jeden ferneren Unterhalt derselben mit Hilfe an Geldmitteln protestire; und daß diese Resolution direkt der preussischen Regierung übergeben werde und die preussische — also damals feindliche — Regierung um Zahlung der Gelder des sächs. Staatsschatzes ersucht werde. Biedermann, Blum, Brochhaus sen. und Andere sprachen sich damals für die Abschneidung der Geldmittel für die Regierung und namentlich für Sicherung des in München lagernden Staatsschatzes gegen Eingriffe der sächs. Regierung aus. So haben sich die Leipziger Nationalliberalen während der Okkupation Sachsens durch Preußen und unter dem Schutze preussischer Bajonette benommen.

Nur die im Frieden von Preußen ausbedungene Amnestie rettete viele jener Herren von der Anklage auf Landesverrath. Jetzt leugnen sie natürlich ab, jemals Annexionisten gewesen zu sein. Die oben verbürgten Thatsachen strafen sie Lügen.

Adv. Rudolph Schmidt tritt im 23. Bezirk, Biedermann im 15. Bezirk als Wahlkandidat auf.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Nürnberg, den 23. Febr. 1871. Trost dem daß wir schon genug angefordert haben, daß diejenigen Mitgliedschaften, welche ihren Abrechnungen noch im Rückstand sind, dieselben so rasch möglich einschicken möchten, damit auch die Hauptkasse Rechnung gen kann, so fehlen uns doch noch die meisten, und ist es dadurch her die reinste Unmöglichkeit gewesen, Abrechnung zu halten. fordern deshalb hiermit die betreffenden Mitgliedschaften zum **letzten Male** auf, alle Abrechnungen bis zum 5. März einzuschicken, widrigenfalls wir uns gezwungen sehen würden, die sämmtigen Deute im „Volksstaat“ zu veröffentlichen.

Es muß einmal Ordnung herrschen, wenn wir vorwärts kommen wollen, durch solche Schlemperen aber wird Alles gehindert. In Erwartung, das etwas mehr Leben in die Sache komme zeichnet mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag für den Ausbruch:

J. Baumann, Raitzstraße 155.

Unter Rath an die Nationalliberalen.

Höhet den gesangnen Bebel nicht: „Wohnhaft im Leipziger Bezirk gericht.“ Ob man bereinst den Stab ihm bricht, Schafft später erst das Urtheil Wacht! Gar Mancher, der jetzt Hohn ihm spricht, Gehörte wohl nach Recht und Pflicht Als ein erbärmlich feiger Wicht Vor's Leipziger Bezirksgericht! (Seifenbl.)

Briefkasten.

—g: Trefflicher Gedanke! — Ihre früheren Aufsätze sind unter Beschlag. — S. Mannheim: Vermuthlich do. — Rathenow: Vermuthlich do.

Wegen Kaummangels müssen die Eintritte bis zur nächsten Nummer zurückgelegt werden.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Mittwoch, den 1. März, Abends 8 Uhr: Versammlung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, Ritterstraße 43. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht (Ref. Müller.) — Die Wahlen. Gäste sind willkommen.

2 Holzbildhauer

auf Möbelschneidereien, tüchtig in ihrem Fache, werden für dauernde Beschäftigung nach Auswärts zu engagiren gesucht. Näheres auf gef. Anträgen unter S. B. Chiffre 3 durch die Exped. d. Bl.

Der Hochverrathsprözeß

gegen Oberwinder, A. Schen, Rost, Pappi u., verhandelt vor dem Landesgerichte zu Wien.

Nach stenographischen Berichten bearbeitet von Heint. Schen. Vollständig in 9 Heften. Preis komplet 18 Kr.

Arbeiter, zum ersten Male gilt es zu zeigen, daß wir des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts würdig sind, daß wir es zu gebrauchen verstehen! Die Wahl unserer inhaftirten Vertreter giebt ihnen die Freiheit wieder und hilft die unsrige vorbereiten. Zeigen wir alle Kräfte ein!

Der Wahltermin ist am

Freitag, bis Abends 6 Uhr.

Leipzig: Verantw. Redakteur in Verwaltung: Carl Dirsch (Redaktion Gmüldenstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Zehle. Expedition: Peterstr. 18.